

Zusatzbedingungen zu den Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung

(Stand 01.12.2023)

Erweiterung des Versicherungsschutzes ab Vollendung des 75. Lebensjahres

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

für die von Ihnen abgeschlossene Unfall-Zusatzversicherung gilt mit Wirkung ab 01.01.2024 für ab diesem Zeitpunkt eintretende Versicherungsfälle anstelle von **§ 1 Absatz 1 „Welche Leistungen erbringen wir?“ der Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung (22L23, Stand 01/2022)** folgende Regelung:

§ 1 Welche Leistungen erbringen wir?

(1) Stirbt die VERSICHERTE PERSON an den Folgen eines Unfalls, zahlen wir die vereinbarte Zusatzversicherungssumme, wenn Unfall und Tod während der Versicherungsdauer dieser Zusatzversicherung eingetreten sind. Zwischen dem Unfall und dem Tod darf nicht mehr als ein Jahr vergangen sein. Die Versicherungsdauer ist der Zeitraum, innerhalb dessen Versicherungsschutz besteht.

Hinweis:

Die bisher ab Vollendung des 75. Lebensjahres der versicherten Person geltende Einschränkung auf Unfälle bei Benutzung eines dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Verkehrsmittels entfällt.

Die Versicherungsdauer der Unfall-Zusatzversicherung entspricht unverändert der Beitragszahlungsdauer der Haupt- und Zusatzversicherung (siehe § 8 der Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung).

Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung

(22L23, Stand 01/2022)

Inhaltsverzeichnis:

§ 1	Welche Leistungen erbringen wir?	3
§ 2	Was ist ein Unfall im Sinne dieser Bedingungen?	3
§ 3	In welchen Fällen ist der Versicherungsschutz ausgeschlossen?	3
§ 4	Welche Rolle spielen Erkrankungen und Gebrechen der versicherten Person?	4
§ 5	Was ist nach dem Unfalltod der versicherten Person zu beachten?	4
§ 6	Wann geben wir eine Erklärung über unsere Leistungspflicht ab?	4
§ 7	Welche Besonderheit gilt für die Überschussbeteiligung?	4
§ 8	Wie ist das Verhältnis zur Hauptversicherung?	4
	Kündigung der Unfall-Zusatzversicherung	4
	Herabsetzung der Hauptversicherung, Beitragsfreistellung	4

Glossar

Im Folgenden möchten wir Ihnen einige wichtige Begriffe, die in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen verwendet werden und dort in kursiven *KAPITÄLCHEN* gesetzt sind, erläutern. Diese Erläuterungen sind Teil der Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

ARGLIST

Arglistig handelt, wer bewusst falsche Angaben macht oder Informationen verschweigt mit dem Vorsatz, uns absichtlich zu täuschen. Beispiel: Sie oder die versicherte Person machen falsche Angaben um die Leistungen aus dem Vertrag zu erhalten.

BEWERTUNGSRESERVEN

Als Bewertungsreserven bezeichnen wir den Wert, der entsteht, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen im Geschäftsbericht ausgewiesen sind.

TEXTFORM

Um die Textform zu erfüllen genügt eine Erklärung in Papierform, aber auch z.B. eine E-Mail.

UNVERZÜGLICH

Unverzüglich heißt, dass die erforderliche Handlung ohne schuldhaftes Zögern durchgeführt wird.

VERSICHERTE PERSON

Versicherte Person ist die Person, auf deren Leben die Versicherung abgeschlossen ist.

VERSICHERUNGSDAUER

Die Versicherungsdauer ist der Zeitraum, innerhalb dessen Versicherungsschutz besteht. (Alternativ: Der Zeitraum, innerhalb dessen der Versicherungsfall eintreten muss, damit ein Anspruch auf Leistungen entstehen kann.)

VERSICHERUNGSNEHMER

Der Versicherungsnehmer ist unser Vertragspartner. Die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag betreffen vorrangig den Versicherungsnehmer.

Bedingungen für die Unfall-Zusatzversicherung

(22L23, Stand 01/2022)

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,
mit diesen Versicherungsbedingungen wenden wir uns an Sie als unseren *VERSICHERUNGSNEHMER* und Vertragspartner.

§ 1 Welche Leistungen erbringen wir?

- (1) Stirbt die *VERSICHERTE PERSON* an den Folgen eines Unfalls, zahlen wir die vereinbarte Zusatzversicherungssumme, wenn Unfall und Tod während der Versicherungsdauer dieser Zusatzversicherung eingetreten sind.

Zwischen dem Unfall und dem Tod darf nicht mehr als ein Jahr vergangen sein. Die Versicherungsdauer ist der Zeitraum, innerhalb dessen Versicherungsschutz besteht.

Der Tod muss vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die *VERSICHERTE PERSON* ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, eingetreten sein. Stirbt die *VERSICHERTE PERSON* nach diesem Zeitpunkt, leisten wir dennoch, wenn die *VERSICHERTE PERSON* den Unfall bei Benutzung eines dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Verkehrsmittels erlitten hat und das Verkehrsmittel dem Ereignis, das den Unfalltod der *VERSICHERTEN PERSON* verursacht hat, selbst ausgesetzt war.

- (2) Bei einer Erhöhung der Zusatzversicherungssumme nach Eintritt des Unfalls bleibt die zum Unfallzeitpunkt vereinbarte Zusatzversicherungssumme für Leistungen aufgrund dieses Unfalls maßgeblich.

§ 2 Was ist ein Unfall im Sinne dieser Bedingungen?

Ein Unfall liegt vor, wenn die *VERSICHERTE PERSON* durch ein plötzlich von außen auf ihren Körper wirkendes Ereignis (Unfallereignis) unfreiwillig eine Gesundheitsschädigung erleidet.

§ 3 In welchen Fällen ist der Versicherungsschutz ausgeschlossen?

- (1) Grundsätzlich leisten wir unabhängig davon, wie es zu dem Unfall gekommen ist.

- (2) Unter den Versicherungsschutz fallen jedoch nicht:

- a) Unfälle durch Geistes- und Bewusstseinsstörungen, auch soweit diese auf Trunkenheit oder Drogenkonsum beruhen, sowie durch Schlaganfälle, epileptische Anfälle oder andere Krampfanfälle, die den ganzen Körper der *VERSICHERTEN PERSON* ergreifen.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn diese Störungen oder Anfälle durch ein unter diese Versicherung fallendes Unfallereignis verursacht waren.

- b) Unfälle, die der *VERSICHERTEN PERSON* dadurch zustoßen, dass sie vorsätzlich eine Straftat ausführt oder versucht.

- c) Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kriegs- oder Bürgerkriegsereignisse verursacht sind; Unfälle durch innere Unruhen, wenn die *VERSICHERTE PERSON* auf Seiten der Unruhestifter teilgenommen hat. Wir werden jedoch leisten, wenn die *VERSICHERTE PERSON* (das ist die Person, auf deren Leben die Versicherung abgeschlossen ist) als Mitglied der deutschen Bundeswehr, Polizei oder Bundespolizei mit Mandat der NATO oder UNO an deren humanitären Hilfeleistungen oder friedenssichernden Maßnahmen außerhalb der territorialen Grenzen der NATO-Mitgliedsstaaten teilnimmt.

- d) Unfälle der *VERSICHERTEN PERSON*

- a) als Luftfahrzeugführer (auch Luftsportgeräteführer),

soweit dieser nach deutschem Recht dafür eine Erlaubnis benötigt,

sowie als sonstiges Besatzungsmitglied eines Luftfahrzeuges;

- b) bei einer mit Hilfe eines Luftfahrzeuges ausübenden beruflichen Tätigkeit;

- c) bei einer Benutzung von Raumfahrzeugen.

- e) Unfälle, die der *VERSICHERTEN PERSON* dadurch zustoßen, dass sie sich als Fahrer, Beifahrer oder Insasse eines Motorfahrzeuges an Fahrtveranstaltungen einschließlich der dazugehörigen Übungsfahrten beteiligt, bei denen es auf die Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten ankommt.

- f) Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kernenergie verursacht sind.

- g) Gesundheitsschädigung durch Strahlen. Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn es sich um Folgen eines unter diesen Vertrag fallenden Unfallereignisses handelt.

- h) Gesundheitsschädigungen durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe, die die *VERSICHERTE PERSON* an ihrem Körper vornimmt oder vornehmen lässt.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn die Eingriffe oder Heilmaßnahmen, auch strahlendiagnostische und -therapeutische, durch einen unter die Versicherung fallenden Unfall veranlasst waren.

- i) Infektionen.

Sie sind auch dann ausgeschlossen, wenn sie durch Haut- oder Schleimhautverletzungen, die als solche geringfügig sind verursacht wurden, und durch die Krankheitserreger sofort oder später in den Körper gelangen. Für Infektionen, die durch Heilmaßnahmen verursacht sind, gilt Buchstabe h) Satz 2 entsprechend.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn die Krankheitserreger durch eine unter diesen Vertrag fallende Unfallverletzung in den Körper gelangt sind sowie für Tollwut und Wundstarrkrampf.

- j) Vergiftungen infolge Einnahme fester oder flüssiger Stoffe durch den Schlund.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn es sich um Folgen eines unter diesen Vertrag fallenden Unfallereignisses handelt.

- k) Unfälle infolge psychischer Reaktionen, gleichgültig wodurch diese verursacht sind.

- l) Selbsttötung, und zwar auch dann, wenn die *VERSICHERTE PERSON* die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen hat. Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn jener Zustand durch ein unter die Versicherung fallendes Unfallereignis hervorgerufen wurde.

- m) Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch den vorsätzlichen Einsatz von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen oder den vorsätzlichen Einsatz oder die vorsätzliche Freisetzung von radioaktiven, biologischen oder chemischen Stoffen verursacht sind, sofern der Einsatz oder das Freisetzen darauf gerichtet sind, das Leben einer Vielzahl von Personen zu gefährden.

§ 4 Welche Rolle spielen Erkrankungen und Gebrechen der VERSICHERTEN PERSON?

Haben neben dem Unfall Krankheiten oder Gebrechen zur Herbeiführung des Todes mitgewirkt, vermindert sich unsere Leistung entsprechend dem Anteil der Mitwirkung. Beträgt der Anteil der Mitwirkung weniger als 25 %, unterbleibt die Minderung.

§ 5 Was ist nach dem Unfalltod der VERSICHERTEN PERSON zu beachten?

- (1) Der Unfalltod der *VERSICHERTEN PERSON* ist uns *UNVERZÜGLICH* - möglichst innerhalb von 48 Stunden - mitzuteilen. An Unterlagen sind uns die notwendigen Nachweise zum Unfallhergang und zu den Unfallfolgen einzureichen.
- (2) Zur Klärung unserer Leistungspflicht können wir notwendige weitere Nachweise und Auskünfte verlangen.
- (3) Uns ist das Recht zu verschaffen, ggf. eine Obduktion durch einen von uns beauftragten Arzt vornehmen zu lassen. Wird die Zustimmung zur Obduktion verweigert, sind wir von unserer Leistungspflicht befreit, es sei denn, dieses Verhalten ist ohne Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht.
- (4) Wird vorsätzlich die Mitteilungs- und Aufklärungspflicht (Absatz 1 und 2) verletzt, sind wir von unserer Leistungspflicht befreit. Bei grob fahrlässigem Verhalten sind wir berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere des Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen. Beides gilt nur, wenn wir durch gesonderte Mitteilung in *TEXTFORM* auf diese Rechtsfolgen hingewiesen haben. Wenn uns nachgewiesen wird, dass die Mitteilungs- und Aufklärungspflicht nicht grob fahrlässig verletzt worden ist, bleibt unsere Leistungspflicht bestehen. Wir bleiben auch zur Leistung verpflichtet, soweit uns nachgewiesen wird, dass die Verletzung der Mitteilungs- bzw. Aufklärungspflicht ohne Einfluss auf die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ist. Dies gilt nicht, wenn die Obliegenheit *ARGLISTIG* verletzt wird.

§ 6 Wann geben wir eine Erklärung über unsere Leistungspflicht ab?

Wir sind verpflichtet, innerhalb eines Monats zu erklären, ob und in welcher Höhe wir einen Anspruch anerkennen. Die Frist beginnt, sobald uns die notwendigen Nachweise und Auskünfte vorliegen.

§ 7 Welche Besonderheit gilt für die Überschussbeteiligung?

Die Zusatzversicherung gegen laufenden Beitrag ist nicht gesondert am Überschuss beteiligt.

Die Zusatzversicherung gegen Einmalbeitrag erhält jeweils am Bilanztermin Zinsüberschussanteile in Prozent des Deckungskapitals am vorhergehenden Bilanztermin, die gemeinsam mit den Überschussanteilen der Hauptversicherung verwendet werden. Darüber hinaus beteiligen wir Sie ggf. an den *BEWERTUNGSRESERVEN*. *BEWERTUNGSRESERVEN* entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind.

Bei **Beendigung Ihres Vertrages** (etwa durch Kündigung mit Auszahlung eines Rückkaufwertes oder Tod) gilt Folgendes: Wir teilen Ihrem Vertrag dann den für diesen Zeitpunkt zugeordneten Anteil an den *BEWERTUNGSRESERVEN* gemäß der jeweils geltenden gesetzlichen Regelung zu und zahlen diesen bei Beendigung aus. Derzeit sieht § 153 Absatz 3 VVG eine Beteiligung in Höhe der Hälfte der zugeordneten

BEWERTUNGSRESERVEN vor.

Bei Verträgen gegen laufenden Beitrag fallen keine *BEWERTUNGSRESERVEN* an. Diese Verträge erhalten deshalb bei Beendigung auch keine *BEWERTUNGSRESERVEN* ausgezahlt.

Bei Beendigung des Vertrages ermitteln wir zunächst die im Unternehmen vorhandenen, verteilungsfähigen *BEWERTUNGSRESERVEN* nach demselben Verfahren wie bei der Hauptversicherung.

Die Zusatzversicherung gehört derselben Bestandsgruppe an wie die Hauptversicherung.

§ 8 Wie ist das Verhältnis zur Hauptversicherung?

- (1) Die Zusatzversicherung bildet mit der Versicherung, zu der sie abgeschlossen worden ist (Hauptversicherung), eine Einheit; sie kann ohne die Hauptversicherung nicht fortgesetzt werden. Wenn der Versicherungsschutz aus der Hauptversicherung endet, endet auch die Zusatzversicherung. Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung stimmt die Versicherungsdauer der Unfall-Zusatzversicherung mit der Beitragszahlungsdauer überein. Bei einer Hauptversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung besteht die Unfall-Zusatzversicherung auch dann fort, wenn die Hauptversicherung wegen Berufsunfähigkeit der *VERSICHERTEN PERSON* beitragsfrei wird.

Kündigung der Unfall-Zusatzversicherung

- (2) Eine Unfall-Zusatzversicherung mit laufender Beitragszahlung können Sie zusammen mit der Hauptversicherung oder für sich alleine kündigen. Einen Rückkaufswert oder die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen. Eine Zusatzversicherung gegen Einmalbeitrag können Sie nur zusammen mit der Hauptversicherung kündigen. Sie erhalten in diesem Fall einen Rückkaufswert entsprechend den Regelungen in den Bedingungen der Hauptversicherung.

Herabsetzung der Hauptversicherung, Beitragsfreistellung

- (3) Wird die Leistung der Hauptversicherung beitragsfrei gestellt und somit die Leistung herabgesetzt, vermindert sich auch der Versicherungsschutz aus der Zusatzversicherung, und zwar auf den Betrag, der dem Teil der Hauptversicherung entspricht, für den der Beitrag weitergezahlt wird. Bei vollständiger Beitragsfreistellung der Hauptversicherung erlischt somit die Unfall-Zusatzversicherung. Innerhalb von sechs Monaten nach einer vollständigen oder teilweisen Beitragsfreistellung können Sie verlangen, dass die Versicherungssumme der Zusatzversicherung gegen Zahlung eines Einmalbeitrages soweit erhöht wird, dass ihr bisheriges Verhältnis zur Leistung aus der Hauptversicherungssumme wiederhergestellt wird.
- (4) Wenn Sie für Ihre Zusatzversicherung laufende Beiträge, also keinen Einmalbeitrag zahlen, können Sie die Zusatzversicherung allein in *TEXTFORM* kündigen. Eine Zusatzversicherung, für die keine Beiträge mehr zu zahlen sind (beitragsfreie Zusatzversicherung, Zusatzversicherung gegen Einmalbeitrag), können Sie nur zusammen mit der Hauptversicherung kündigen.
- (5) Wenn Sie die Zusatzversicherung kündigen, haben Sie weder Anspruch auf einen Rückkaufswert noch auf eine beitragsfreie Leistung.
- (6) Soweit in diesen Bedingungen nichts anderes bestimmt ist, finden die Allgemeinen Bedingungen für die Hauptversicherung sinngemäß Anwendung.